

**Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 11. November 2010**

Antrags-Nr. 10-F-03-0013

**Rücklagen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW)  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet noch in diesem Jahr von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG eine Sonderausschüttung aus Rücklagen in Höhe von 100 Mio. € an die Anteilseigner. Diese Mittel werden beschlussgemäß zur Verringerung des Haushaltsdefizits der Landeshauptstadt Wiesbaden genutzt.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet, dass Vorstand, Aufsichtsrat und die Gesellschafter der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG diese Sonderausschüttung per Beschlüsse herbeiführen.
3. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet, dass die ESWE Versorgung AG dafür einen entsprechenden Beschluss fasst.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet darüber hinaus, dass die KMW AG ihren Antrag auf Genehmigung eines KHKW bei der SGD zurückzieht und bis Ende des Jahres ein Konzept zur Sicherstellung der Energieversorgung in Wiesbaden der Öffentlichkeit vorlegt.

---

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom  
06.09.2010**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Durch den politischen Verzicht auf die Errichtung des Kohlekraftwerks ergibt sich ein Bedarf zur Neuausrichtung in der Energieversorgung in Wiesbaden. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der ESWE Versorgungs AG und den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG (KMW) noch in diesem Jahr die Vorlage eines Konzepts zur zukünftigen Energieerzeugung in Wiesbaden. Dieses soll entsprechend der bisherigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung den Bau eines Kohlekraftwerkes nicht vorsehen, sondern zur Stromproduktion verstärkt auf erneuerbare Energien und hocheffiziente GuD-Kraftwerke setzen. Weiterhin soll darin der dafür erforderliche Investitions- und Finanzierungsbedarf dargestellt werden.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, nach Vorlage dieser Planungen die Kapitalausstattung der KMW zu überprüfen. Gegebenenfalls ist die Eigenkapitalquote auf ein erforderliches Maß anzupassen und über die Umsetzung dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung zu berichten.
3. In einer Zielvereinbarung mit den Vorständen von ESWE und KMW ist die mittelfristige Dividendenpolitik zu vereinbaren. Eigenkapital der KMW, das für die Ersatzinvestitionen nicht benötigt wird und das die vereinbarte Eigenkapitalquote übersteigt, ist über die jährliche Dividende hinaus an die Aktionäre auszuschütten.

**Beschluss Nr. 0566**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 betr.

Rücklagen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW)

wird in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP angenommen:

1. Durch den politischen Verzicht auf die Errichtung des Kohlekraftwerks ergibt sich ein Bedarf zur Neuausrichtung in der Energieversorgung in Wiesbaden. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der ESWE Versorgungs AG und den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG (KMW) noch in diesem Jahr die Vorlage eines Konzepts zur zukünftigen Energieerzeugung in Wiesbaden. Dieses soll entsprechend der bisherigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung den Bau eines Kohlekraftwerkes nicht vorsehen, sondern zur Stromproduktion verstärkt auf erneuerbare Energien und hocheffiziente GuD-Kraftwerke setzen. Weiterhin soll darin der dafür erforderliche Investitions- und Finanzierungsbedarf dargestellt werden.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, nach Vorlage dieser Planungen die Kapitalausstattung der KMW zu überprüfen. Gegebenenfalls ist die Eigenkapitalquote auf ein erforderliches Maß anzupassen und über die Umsetzung dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung zu berichten.
3. In einer Zielvereinbarung mit den Vorständen von ESWE und KMW ist die mittelfristige Dividendenpolitik zu vereinbaren. Eigenkapital der KMW, das für die Ersatzinvestitionen nicht benötigt wird und das die vereinbarte Eigenkapitalquote übersteigt, ist über die jährliche Dividende hinaus an die Aktionäre auszuschütten.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2010

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .11.2010

Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister